

Jetzt WKF-03-NEU (Das Zeitfenster schließt sich: Klimarettung JETZT!)



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

1 Jetzt WKF-03-NEU

2 Alter Antragstext:

3 Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in vollem
4 Gange. 25 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik – weltweit
5 wie auch in Deutschland – entschieden gehandelt hätte. JETZT reicht ein „Kurieren der
6 Symptome“ nicht mehr, JETZT MUSS entschieden gehandelt werden. Die Versäumnisse der
7 letzten
8 Jahre und Jahrzehnte kumulieren sich, jedes Jahr warten verschärft die nötigen
9 Gegenmaßnahmen. Es ist nicht mehr „5 vor 12“, sondern „die Stunde schlägt bereits“.

10 Hunderttausende überwiegend Jugendliche eint die Sorge um ihre Zukunft. Praktisch weltweit
11 sind sich alle Wissenschaftler*innen einig: Wir haben nur noch ein schmales Zeitfenster von
12 wenigen Jahren, um die Aufheizung des Klimas auf 1,5 °C begrenzen und so eine weltweite
13 Katastrophe mit Hunderten Millionen von Opfern und Vertriebenen und allen daraus
14 resultierenden Folgen zu vermeiden. Wir müssen JETZT handeln. Die entsprechenden
15 Beschlüsse
16 liegen seit Jahren vor und wer sie nicht umsetzt, verstößt gegen internationales Recht,
17 verantwortet die Opfer wie die Schäden. Vor zehn oder zwanzig Jahren wären die nötigen
18 Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten „locker“ bezahlbar gewesen, heute wird es teuer,
19 ist
20 aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst bei größten Opfern nicht mehr
21 finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte geben, wenn jetzt nicht gehandelt
22 wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in Norddeutschland Konflikte zwischen
23 Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze Millionen Menschen ohne
24 Trinkwasser sein ...

25 Der Umbau der Energieerzeugung und -einsparung, der Landwirtschaft, der Industrie und des
26 Verkehrs ist notwendig, und zwar alles gleichzeitig. Die FFF-Bewegung und die darin
27 engagierten Jugendlichen haben das der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die Wahlergebnisse
28 der Grünen kommen daher, dass die Wähler*innen hierzu von uns Lösungen erwarten, aber
29 Lösungen in großen Schritten, nicht ein Kurieren in Details. Die anderen Parteien, allen
30 voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket, haben in der Klimafrage geschlossen versagt.
31 Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag bekommen, dann müssen wir auch liefern. Das will
32 vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen, sie können nicht erst unter dem Druck
33 einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

34 Wir müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher UND

32 gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag in
33 Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein
34 nicht abwenden.

35 **Ziel für Klimaneutralität Deutschland**

36 Deutschland muss bis 2035 nahezu die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr
37 und Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen nicht
38 mehr CO₂-Äquivalente emittieren, als durch Aufforstung und andere Maßnahmen gebunden
werden.

39 **Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen.**

40 Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen anderen
41 Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle, Ernteverluste
42 oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte
43 wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das Umweltbundesamt (UBA)
hat

44 in der gerade veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch Umweltbelastungen
neu

45 berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO₂)

46 Schäden von rund 180,- €. [\[1\]](#)

- 47 • Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier Jahre
48 auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO₂-Äquivalent erhöht werden, mit
49 längeren Übergangsfristen für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl und
50 Zement.
- 51 • Dabei sind die aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu
52 verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.
- 53 • In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen
54 Anhebung der Kosten für CO₂-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft,
55 Verkehr, Energie und Industrie – mit 60,- € pro T CO₂-äq. , die in wenigen weiteren
56 jährlichen Schritten bis auf 180,- €/t erhöht werden.
- 57 • Der Reinerlös wird als Pro-Kopf-Geld an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu
58 belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu
59 erleichtern.
- 60 • Um bisher bereits verursachte Schäden zu kompensieren, wird der Betrag danach –
61 jährlich angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele (2030)
62 – gegebenenfalls weiter erhöht.

63 **Ausstieg aus fossilen Energieträgern**

64 In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen, daher
65 haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität:

- 66 • Der Kohleausstieg ist bis 2030 zu beenden, die Braunkohle-Kraftwerke sind bis 2022 vom
67 Netz zu nehmen.
- 68 • Die für die Emissionen dieser Kraftwerksblöcke vorgesehenen CO₂-Zertifikate aus dem
69 Europäischen Emissionshandel (ETS) müssen gelöscht werden.
- 70 • Alle Subventionen für fossile Energieträger, direkte und indirekte, sind umgehend zu
71 beenden.
- 72 • Als Erstes werden wir ein Einbauverbot für neue fossile Heizungen erlassen. Ein hoch
73 subventioniertes Ausstiegsprogramm für Ölheizungen (bis 2023) und Gas (2023 bis 2027)
74 ist aufzulegen.
- 75 • Neue Importverträge fossiler Energieträger werden nicht mehr abgeschlossen, die
76 bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beendet.

77 **Ausbau Erneuerbare**

78 Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken
79 geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden.

- 80 • Neben auskömmlichen Einspeisevergütungen müssen auch die Genehmigungsverfahren
81 erheblich beschleunigt werden.
- 82 • Der Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, der Ausschreibungszwang bei Wind-
83 Onshore, die Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs und überzogene pauschale
84 Abstandsregelungen von Windanlagen, wie z.B. die 10H-Regelung in Bayern werden
85 aufgehoben und ein angemessener, sinnvoll geplanter Netzausbau beschleunigt.
- 86 • Die EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch (Sonnensteuer) wird komplett abgeschafft.
- 87 • Ein Register aller nutzbaren Dach- und Fassadenflächen ist umgehend zu erstellen und
88 der Ausbau der bestgeeigneten Flächen voranzutreiben. Neubauten sind entsprechend
89 auszurichten und mit PV zu versehen. Eine Ausbildungsoffensive zur/zum „Solateur*in“
90 ist umgehend zu starten. Die Bürokratie für kleine Einspeiser muss ebenso drastisch
91 reduziert werden wie die bei Förderanträge auf andere Klimaschutzmaßnahmen. So
92 dürfen
93 z.B. Wohnungsbau-Genossenschaften nicht ihre steuerlichen Privilegien verlieren, wenn
94 sie PV-Anlagen installieren.
- 94 • Zur Erreichung der Ziele ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer Größenordnung
95 von 7 Gigawatt Onshore-Windkraft und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu zu
96 installieren und das Ausbauziel für Offshore-Windkraft im Rahmen der ökologischen
97 Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht jährlich +50 TWh mehr. Damit
98 ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh erreicht. Die restlichen 800 TWh

- 99 werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von 300 TWh/a importiert
100 werden.
- 101 • Um bereits bestehende Windkraft- und Solar-Anlagen auch in Zukunft nachhaltig weiter
102 betreiben oder anpassen zu können, sind sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb
103 und Repowering unumgänglich.
- 104 • Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger*innen-Energie müssen
105 umgehend umgesetzt werden. Auf die dezentrale und auch kleinteilige Erzeugung und
106 Nutzung von EE inklusive des Aufbaus sinnvoller Wärmenetze ist höchster Wert zu legen.
- 107 • Die Subventionierung des Stroms für die energieintensive Industrie wird
108 schnellstmöglich auf den energieintensiven Prozess beschränkt.

109 **Energieeinsparung Elektrogeräte**

- 110 Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist noch
111 lange nicht erschöpft.
- 112 • Sämtliche Haushaltsgeräte müssen in den nächsten fünf Jahren (mit sinnvollen
113 Übergangsfristen für einwandfrei funktionierende A++ und A+-Geräte, der Gerätetausch
114 selbst muss sich energetisch rechnen, auch die Neugeräte-Herstellung verbraucht CO₂!)
115 mittels eines subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++ gebracht werden.
- 116 • Soweit möglich ist der Betrieb von großen Stromverbrauchern in der Industrie so zu
117 steuern, dass er in Zeiten von Stromüberschuss im Netz stattfindet.

118 **Energieeinsparung Wärme**

- 119 • Gebäude, die von Bund, Ländern oder Kommunen gebaut werden, sind ab sofort nach
120 dem
121 Passivhaus-Standard zu errichten. Bei privaten Neubauten ist dieser Standard
122 schnellstmöglich vorzuschreiben.[\[2\]](#)
- 122 • Öffentliche Gebäude im Bestand sind umgehend im Rahmen des Möglichen auf einen dem
123 Passiv-Standard nahekommenden Energieverbrauch umzubauen.
- 124 • Bis 2045 müssen 80% der Altbauten auf einen Standard unter 90kWh/m²a saniert werden.
- 125 Schnellstmöglich sind die Brenner durch Wärmepumpen mit Effizienzgrad größer als 3 zu
126 ersetzen.

127 **Mobilitätswende**

- 128 Notwendig sind nicht nur CO₂-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen,
129 sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte
130 Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den Straßen und
131 somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in Deutschland
132 kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). ... Zu den externen
133 Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die
134 Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa Kosten, die
135 durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen.“[\[3\]](#)
- 136 • Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass
137 öffentliche
138 Mittel auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die
nächsten zehn Jahre ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer

Fernstraßen
und Flughäfen erforderlich.

- Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um Taktfrequenz und Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu ermöglichen. Alle noch nicht elektrifizierten Strecken sind umgehend ganz oder in Abschnitten zu elektrifizieren und im letzteren Fall mit Akku-Fahrzeugen zu betreiben. Alternativ sind Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge einzusetzen, sowie diese verfügbar sind.
- Der Trassenpreis auf Schienen wird den entsprechenden Gebühren auf der Straße und in der Luft angepasst, hier nach unten oder dort nach oben.
- In den Nahverkehrs-Tarifgebieten sind 365,- €-Jahres-Tickets anzubieten. Zur Finanzierung ist eine entsprechende Erhöhung der Regionalisierungsmittel notwendig. Mittelfristig wollen wir – nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten – einen kostenlosen Nahverkehr. Der Tarif-Wirrwarr in den einzelnen Verbünden und die teilweise schwierigen Übergangsmöglichkeiten sind umgehend zu beenden.
- Das Dienstwagenprivileg wird beendet, statt dessen werden nur noch die Kosten für den jeweiligen öffentlichen Verkehr erstattet bzw. steuerfrei gestellt. Lohnsteuerermindernd können nur noch Aufwendungen für den ÖPNV – sofern vorhanden – geltend gemacht werden, Kosten für PKW oder Kraftrad sind bei vorhandenem ÖPNV nicht mehr absetzbar.
- Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften (außer Durchgangsstraßen) wird umgehend eingeführt.
- Die künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Der Rechtsrahmen für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung muss entsprechend angepasst werden.
- Die LKW-Maut wird künftig auf allen Straßen erhoben und so weit erhöht, dass der Straßenverkehr (inkl. des eingerechneten Zeitgewinnes) teuer wird als die Verladung auf die Schiene. Die Schienenkapazitäten sind umgehend entsprechend auszubauen.
- Für den verbliebenen LKW-Verkehr brauchen wir zunächst eine Elektrifizierung von Autobahnabschnitten, zunächst vor allem im Bereich um die Zentren, verbunden mit einem Einfahrverbot für Diesel-LKW in die Städte. Bis 2035 müssen 8.000 km Autobahn mit Oberleitung versehen werden. In den Städten wird auf Wasserstoff oder Batterie umgestellt.
- Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland – inklusive Zubringerflüge – werden per Gesetz auf mindestens den regulären Bahnfahrkartenpreis ohne Ermäßigung verteuert und bis spätestens 2025 durch den Ausbau entsprechender schneller Zugverbindungen ersetzt. Jede Subvention, auch indirekte, von Flughäfen oder Fluggesellschaften wird sofort eingestellt. Der Flugverkehr, insbesondere auch der Fernflugverkehr muss ebenfalls mit 180 €/t CO₂ belegt und bis 2035 auf EE-Kerosin, Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen umgestellt werden.
- Der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, werden Auflagen gemacht, bis spätestens 2025 vollständig auf Schwerölantrieb zu verzichten und andere Antriebsarten sowie Katalysatoren und/oder Filter zu nutzen. Der Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei Fähren auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Alle Anlegeplätze werden bis dahin mit Stromanschlüssen ausgestattet. Ab dann wird der Betrieb von Schiffsmotoren im Hafen zur Stromversorgung untersagt.

INDUSTRIE

184 Professor Manfred Fischedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt,
 185 Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur noch
 186 maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie also
 187 völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem folgende
 188 Industriesparten: Eisen- und Stahl, Raffinerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und
 189 Keramik, Kalk und Papier. Ambitionierte Betriebe verringern ihren CO₂-äq.-Ausstoß demnach
 190 jährlich um 1,7 Prozent – nötig seien aber 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt hat
 191 2018 rund 196 Millionen Tonnen Klimagas ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber etwas
 192 mehr als 2010. [\[4\]](#)

193 Auch der Umbau der Industrie muss so unterstützt werden, dass in der Summe möglichst keine
 194 Arbeitsplätze vernichtet werden. In manchen Bereichen wird das nicht vollkommen
 195 funktionieren (Raffinerien), dafür werden in anderen Bereichen zusätzliche Arbeitsplätze
 196 geschaffen werden.

197 In der Stahlproduktion lässt sich z.B. Koks durch Wasserstoff ersetzen, der zudem durch
 198 überschüssigen Wind- oder PV-Strom produzierbar ist. CO₂ lässt sich teilweise sogar nach
 199 Abtrennung als Rohstoff verwenden. Die neuen Techniken werden große Menge grünen Strom
 und
 200 Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen erfordern, auch das muss rechtzeitig eingeplant
 201 werden. Aber wenn Deutschland seine führende Rolle in der Weltwirtschaft behalten will, muss
 202 auch hier sofort ein Umsteuern stattfinden.

203 **Landwirtschaft in Deutschland umbauen**

204 Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsinken zur
 205 Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die Agrarindustrie und
 206 die Belastung durch den Klimawandel machen unsere Landwirtschaft zum CO₂-äq.-Emittenten.

[\[5\]](#),

207 [\[6\]](#)

- 208 • Wir brauchen daher einen schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der
 209 Übernutzung und wertevernichtenden Ausbeutung zu einem ausgeglichenen Kreislauf.
- 210 • Alle künftig gezahlten Agrarsubventionen sind daher an die Einhaltung von strengen
 211 Umwelt- und Klimaschutzleistungen zu binden.
- 212 • Der Fleischkonsum (vor allem Rind- und Schaffleisch), aber auch der Konsum von
 213 Milchprodukten in Deutschland muss wirksam reduziert werden. Überdüngung durch das
 214 Ausbringen der Abfälle der Massentierhaltung (vor allem Rindfleisch, in geringerem
 215 Maß Schweinefleisch) ist ebenfalls ein klimarelevantes Problem. Das bedeutet:

216 Fleischprodukte – außer Bioware nach höchstem Standard – müssen durch strengere
217 Tierschutzstandards teurer werden.[\[7\]](#)

218 • Erforderlich ist eine schnelle deutliche Reduktion der Tierbestände durch eine
219 Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den viehintensiven Regionen.

220 • Die Zahl der gehaltenen Tiere ist an die zur Verfügung stehende Fläche zu binden.

221 • Neue gewerbliche Tiermastanlagen werden nicht mehr zugelassen.

222 • Sämtliche Rechts- und Fördergrundlagen werden an dieses Ziel angepasst.

223 • Das Düngerecht ist sofort EU-rechtskonform und ambitioniert zu reformieren und vor
224 allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar zu ahnden.

225 • Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden zulassen[\[8\]](#), Moore wieder
226 vernässen und ein Humusmonitoring einführen.

227 Die aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Umwandlung von
Ackerland

228 in Blühwiese) sind von einem echten Ausgleich weit entfernt.[\[9\]](#)

229 • In zwei Schritten wollen wir zunächst einen echten 1:1 Flächenausgleich einführen.

230 • Im 2. Schritt wird die Neuversiegelung nur noch erlaubt, wenn die gleiche Fläche in
231 räumlicher Nähe entsiegelt wird.

232 **Den Wald retten und zum Klimaschutz verwenden**

233 Ähnliches gilt auch für – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“.

234 Wälder und Moore könnten als Kohlenstoffsinken zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.

235 Aber Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel
machen

236 auch die Forstwirtschaft zum CO₂-Emittenten.

237 • Ein naturgerechtes Aufforstungsprogramm ist umgehend aufzulegen.

238 • Der Umbau naturferner Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen
239 Mischwäldern muss sofort eingeleitet werden.

240 • Die deutsche Regierung wird umgehend eine Koalition der Industrienationen schmieden,
241 welche die noch vorhandenen Regenwälder mit Zustimmung der beteiligten Regierung
unter

242 dauerhaften Schutz stellt, dort ein Wiederaufforstungsprogramm finanziert, in die
243 Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen Völker sichert
244 und so in den Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.

245 • Alle Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter illegal Regenwald abgeholzt
246 wird, werden umgehend eingefroren.

247 **Finanzierung: Grüne Null statt Schwarzer Null**

248 Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der
Wirtschaft

249 und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-

250 Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3 Billionen US-\$

251 für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[\[10\]](#) Für Deutschland wäre dies

252 eine Größenordnung von ca. 500 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung jetzt

253 eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!) Stein“. Die
254 im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen ermöglichen
255 eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht, verdient (!!)
256 sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

257 **Sofortprogramm zur Beschleunigung des Klimaschutzes:**

258 In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt, dass
259 bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das
260 Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte
261 gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm festgeschrieben, das
262 den Ausbau von Stromspeichern, die Anpassung des Netzausbaus, den Umbau des Verkehrs, die

263 Sanierung des Gebäudebestandes inkl. Heizung sowie ein den Klimazielen angepasstes
264 Ernährungsprogramm anschiebt.

265 [\[1\]https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
266 [unterlassenen-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
[umweltschutz](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)

267 [\[2\]https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/](https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/)

268 [\[3\]https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)
269 [umweltschutz-auswirkungen](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)

270 [\[4\]https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)
271 [reduzieren-3690](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)

272 [\[5\]](#) Genauer: auch zum N₂O- und Methan-Emittenten, N₂O hat die 300-fache Klimawirkung,
Methan

273 die 25-fache. [https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)
274 [energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)

275 [\[6\]https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor)

276 [\[7\]https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-](https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2)
277 [den-treibhausgas#textpart-2](https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2)

278 [\[8\]](#) Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen – speichern 30 bis 50
279 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde

280 [\[9\]http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html](http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html)

Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Versager muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderung die Basis der Verhandlung, letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler*innen erwartet dies auch von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhin können, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurz gehalten, er soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster*innen zahlen drauf.

Weitere Quellen:

- <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
- <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
- Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz
- <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L>
- <http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html>
- <https://wissenwiki.de/Passivhaus>
- https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933
- <https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik>
- <https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck>
- <https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/>
- [https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))
- <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4>

weitere Antragsteller*innen

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.